

⇒ Christian Polke

## Demokratie im Umbruch?

Ein protestantischer Kommentar im Anschluss an H.R. Niebuhr

⇒ 1. Stehen wir gegenwärtig vor einer Transformation demokratischer Strukturen?

Von der repräsentativen Demokratie, ihren Werten und Idealen, ihren Stärken und Schwächen ist gegenwärtig viel die Rede. Dies hat mit der sog. Euro-Schuldenkrise und ihrer Dauerpräsenz in den Medien zu tun. Unter dem Handlungsdruck von globalen Ökonomien und Finanzmärkten wird immer mehr an der Effizienz demokratischer Entscheidungs(findungs)prozesse gezweifelt: »Es scheint, als hätte der Beschleunigungsprozess jene (demokratische) Institutionen, die ihn einstmals mit in Gang gebracht haben, nun überwunden und als entfaltete er eine Dynamik, der die Demokratie nicht mehr gewachsen ist« (Rosa 2012, 373).<sup>1</sup> Zudem machen die Auswirkungen der Digitalisierung unserer Medienlandschaft und der dadurch bereits zur Mediengesellschaft avancierten Lebenswelt auch vor dem politischen Sektor nicht halt. Wie schnell hier auf- und abgestiegen werden kann, lässt sich gegenwärtig an der Piratenpartei gut beobachten. In gewisser Weise vollzieht sich an ihnen programmatisch, was sie für ihre eigene Berechtigung auf dem politischen Feld beanspruchen: Freiheit im Netz sowie Transparenz öffentlicher Entscheidungen samt aller damit verbundenen Nebenfolgen.

Neuere sozialwissenschaftliche Untersuchungen belegen die Dynamik und

Beschleunigung, die hinsichtlich der Transformation gesellschaftlicher Öffentlichkeiten zu konstatieren ist (vgl. als Übersicht Peters 2007). Darauf hat nicht nur die konkrete Politik zu reagieren. Vielmehr schlägt sich dies wohl oder übel auch auf dem Feld der Demokratietheorie nieder. Akzeptanz und Legitimität herkömmlicher Modelle von Demokratie stellen jedenfalls keine gottgegebene Selbstverständlichkeit dar. Die Trends, die sich den Gesellschaftsanalysen auf unterschiedlicher Ebene und differentem Niveau verdanken, dokumen-

---

**Christian Polke**, 1980 in München, Dr. theol., Studium der evangelischen Theologie in Berlin, Heidelberg und Tübingen; 2005–2008 Wiss. Angestellter am Wissenschaftlich-Theologischen Seminar der Universität Heidelberg, 2008 Promotion, seit 2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Evangelische Theologie der Universität Hamburg; 2009/2010 Ernst-Cassirer-Fellow am Swedish Collegium for Advanced Study (SCAS) in Uppsala. Neuere Veröffentlichungen: Öffentliche Religion in der Demokratie. Eine Untersuchung zu weltanschaulichen Neutralität des Staates, Leipzig 2009; gemeinsam mit R. Klein und M. Wendte (Hg.), Hauptwerke der Systematischen Theologie. Ein Handbuch, Tübingen 2010.

---

(1) Diese treffende Beobachtung scheint mir allerdings nicht zwangsläufig schon auf die von Rosa ebenfalls gemachte Feststellung zuzulaufen, wonach die »Demokratie dabei ist, der Macht der Geschwindigkeit zum Opfer zu fallen.« (ebd.) Auch der Beschleunigungstheoretiker sollte die Auswirkungen der in der Euro-Zone von einigen Akteuren zumindest partiell angewandten Politik der kleinen Schritte zur langfristigen Stabilisierung nicht unterschätzen.

tieren sich in Stichworten, unter denen die neueren wissenschaftlichen Reflexionen auf dem Gebiet der Demokratietheorie rangieren: »Mediendemokratie«, »Postdemokratie« oder »Liquid Democracy«. Jeder dieser Begriffe ist so schillernd wie mehrdeutig, so dass die Skepsis von Seiten der empirischen Wissenschaften als durchaus berechtigt erscheint. Wenn sich also christliche Sozialethik mit diesen Konzepten auseinander setzen will, dann sollte dies stets unter strikter Miteinbeziehung empirischer Befunde geschehen. Lediglich intellektuelle Stimmungslagen theologisch untermauern zu wollen, scheint demgegenüber wenig lohnenswert.

Umgekehrt bedeutet diese Diagnose nun nicht, die Anfragen und Einwände, die von Vertretern von Medien-, Post- und Liquid-Demokratie-Konzepten vorgetragen werden, nicht ernst zu nehmen. Sie betreffen im Kern die normative Grammatik unseres Verständnisses von Demokratie. Insbesondere in Frage stehen klassische Modelle der politischen Strukturen, wie wir sie in unseren westlichen Gesellschaften über lange Zeit eingeübt haben: das Verfahren der Ausübung politischer Autonomie durch Wahlen und Volksabstimmung oder das befristete Delegieren von konkreter Volkssouveränität an gewählte Repräsentanten und Regierungen. Insofern betrifft die Frage, ob wir gegenwärtig vor entscheidenden Transformationen demokratischer Strukturen stehen, wesentlich die normative Seite sozialetischer Theoriebildung. Um diesen Themenkomplex soll es im Weiteren gehen.

## ⇒ 2. Die »Ursache« von Öffentlichkeit, Politik und Demokratie

Die m.E. wohl einschneidendsten beiden Prozesse, die der Wahrnehmung der Transformation demokratischer Strukturen zugrunde liegen, Ökonomisierung und Digitalisierung, verweisen auf unterschiedliche, einschneidende Verflüssigungen in unseren sozialen Beziehungen und gesellschaftlichen Sphären. So schrumpfen Raum- und Zeitunterschiede durch das weltweite Netz ebenso zusammen, wie nationale Grenzen und kommunikative Barrieren überwunden werden. Nicht minder einflussreich sind die ökonomischen Interdependenzen, die aus der Tatsache global frei zugänglicher Märkte resultieren. Die Unsicherheit und teilweise Resignation, die aus diesen Veränderungen für viele Zeitgenossen ergeben, besteht dann vor allem in der Unübersichtlichkeit und in der Verwischung von klaren Verantwortlichkeiten von Regierenden und Regierten, von Eliten und einfachen Bürgern. Damit wachsen naturgemäß auch die Gefahren des Missbrauchs. Colin Crouch, der Theoretiker der Postdemokratie, hat solches vor Augen, wenn er Situationen beschreibt, »in denen nach einem Augenblick der Demokratie Langeweile, Frustration und Desillusionierung breitgemacht haben; in denen die Repräsentanten mächtiger Interessengruppen, die nur für eine kleine Minderheit sprechen, weit aktiver sind als die Mehrheit der Bürger, wenn es darum geht, das politische System für die eignen Ziele einzuspannen« (Crouch 2008, 30). Harte Interessen Weniger setzen sich mittels Angabe von Sachzwängen und dank der inszenierten Illusion ihrer

Alternativlosigkeit durch und produzieren – medial verpackt und verbreitet – den Schein demokratischer Legitimität. Deutlich zum Vorschein tritt hier der Verdacht, wonach die gegenwärtig stattfindenden Transformationen zu einer Reichweitenminderung von demokratischen Entscheidungen führen. Diese Sorge teilen auch die Anhänger der Liquid Democracy, denen es vornehmlich um die Transparenz kollektiver Entscheidungen durch eine Mischung von Elementen direkter und indirekter Interessensvertretung (bzw. Repräsentation) geht<sup>2</sup> Insgesamt lässt sich die interessante Beobachtung machen, dass die Angst vor dem zunehmenden Einfluss systemischer Strukturen, die Minderung von Einflussmöglichkeiten und die damit verbundene Erfahrung von politischer Ohnmacht so unterschiedliche Bewegungen wie die »bürgerlichen« Gegner von Stuttgart 21, die ACTA-Protestierer, die Piraten – und transnational – die occupy-Anhänger verbindet. Allen geht es primär darum, die Möglichkeit an Partizipation und damit ein Grundprinzip von Politik aufrecht und realisierbar zu halten. Vom Wandlungs- bzw. Anpassungsdruck ist demnach das gesamte Spektrum (demokratischer) Zivilgesellschaften, einschließlich ihrer Protestbewegungen (vgl. insgesamt dazu Pettenkofer 2010), betroffen.

Doch ist damit immer noch nicht die entscheidende Frage beantwortet, ob diese Transformationen demokratischer Strukturen im Zeichen von Digitalisierung, Ökonomisierung und Beschleunigung die normativen Grundlagen der Demokratie selbst verändern. Dies allererst würde m.E. von einer sozialetischen Rechtfertigung der Demokratie eine radikale Neuorientierung abverlangen. Doch ist dem nicht so, wie schon die Art und Weise meiner Formulierung vermuten lässt. Zwar sind die genannten Transformationen von einschneidender Natur, aber sie wurzeln immer noch in der grundlegenden »Ursache« von Politik, Öffentlichkeit und eben Demokratie.

John Dewey, dem großen amerikanischen Pragmatisten, verdanken wir die wohl schlichteste wie großartigste »Begründung« von (demokratischer) Politik, die weniger in Idealvorstellungen von Staat und Gemeinschaft wurzelt als in der schlichten Tatsache des sozialen Zusammenlebens und der Notwendigkeit von struktureller Koppelung aufgrund der Koordinierung menschlicher Handlungen:

»Das Kennzeichen der Öffentlichkeit als Staat entsteht aus dem Umstand, daß alle Formen assoziierten Verhaltens weitreichende und andauernde Folgen haben können, welche andere außer den direkt in sie Verwickelten einschließen.«

Und weiter:

»Auf Folgen muß acht gegeben, um sie muß sich gekümmert werden. Diese Aufsicht und Regulierung kann nicht von den Primärgruppierungen selbst besorgt werden. Denn das Wesen der Folgen, welche eine Öffentlichkeit ins Leben rufen, liegt in der Tatsache, daß

(2) Eine interessante Selbstdarstellung dieses Konzepts ist unter [http://wiki.piratenpartei.de/Liquid\\_Democracy](http://wiki.piratenpartei.de/Liquid_Democracy) (Stand: November 2012) einsehbar.

sie über die direkt mit ihrer Hervorbringung Befähten hinausreichen. Deshalb müssen, wenn sie beaufsichtigt werden sollen, dafür spezielle Ämter und Regeln geschaffen werden; oder aber eine der bestehenden Gruppen muß neue Funktionen übernehmen. Das deutliche äußere Zeichen der Organisation einer Öffentlichkeit oder eines Staates ist daher das Vorhandensein von Amtspersonen. Die Regierung ist nicht der Staat, denn dieser schließt die Öffentlichkeit ebenso ein wie die Regierenden, die mit besonderen Pflichten und Rechten ausgestattet sind. Die Öffentlichkeit ist jedoch in jenen und durch jene Amtspersonen organisiert, die im Namen ihres Interesses handeln« (Dewey 1996, 37f.).<sup>3</sup>

Diese längere Passage aus Deweys Schrift über »Die Öffentlichkeit und ihre Probleme« verdeutlicht in meinem Augen, inwiefern in der politischen Organisation die Notwendigkeit zur Repräsentation mit der Koordinierung von Handlungsfolgen von pluralen Akteuren und Interessengruppen unweigerlich verbunden und einer Lösung zugeordnet sind. Der Vorteil der Demokratie und darin auch ihre ethische Vorzugswürdigkeit besteht vornehmlich darin, dass von ihr die bestmögliche strukturelle Bearbeitung von public affairs in Form von öffentlicher Kommunikation (und Entscheidung), vorbereitet durch Sachexpertise, erwartet wird. Zugleich stellt ihre spezifische Gemeinschaftsidee »[k]eine Alternative zu anderen Prinzipien assoziierten Lebens« dar, sondern ist die »Idee des Gemeinschaftslebens selbst« (Dewey 1996, 129). Dennoch bleibt wichtig zu beachten, dass für Dewey gerade eine demokratische Lebensform davon Abstand hält, alle Dinge zu öffentlichen, gar zu politischen zu deklarieren. Ohne Privatheit beschädigt sich eine solche Sozialform von selbst. Kritik und Weiterentwicklung des demokratischen Selbstverständnisses durch die oben exemplarisch genannten Bewegungen lassen sich nun ebenfalls mit Hilfe der Deweyschen Konzeption genauer bestimmen. Zum einen – und darin liegt die konservative Note – bilden selbst die neueren Bewegungen keine Alternative zum demokratischen Ideal und seinen normativen Implikationen, ja noch nicht einmal zum Grundgedanken ihrer repräsentativen Struktur.<sup>4</sup> Zum anderen aber erweisen sich Ansätze, wie diejenigen von Liquid Democracy in der Tat als heilsame Erinnerungen, welche an die nicht ausgeschöpfte Dynamik in Grund und Ursache von Politik, Staat und (demokratischer) Öffentlichkeit erinnert: an die umfassende Partizipation aller Beteiligten aufgrund ihres min-

(3) Dewey 1996, 36. Wichtig ist zu beachten, dass Dewey die Öffentlichkeit nicht auf die politische Sphäre reduziert, sondern stets die Vielzahl von nicht-politischen Öffentlichkeiten heraushebt (vgl. a.a.O., 37), deren Konstitution jedoch ebenfalls über die Assoziation und Handlungskoordination erfolgt. Darüber hinaus sind nicht alle nicht-politischen Gemeinschaftsformen organisiert, was man bspw. an Freundschaften sieht. Insofern hat Deweys Demokratietheorie, wie er sie in »The Public and its Problems« entwickelt hat, den Vorteil, den Pluralismus strukturell und nicht nur faktisch in seinen Ansatz eingebaut zu haben..

(4) Insofern sind alle Ansätze, die direkte Formen der Demokratie gegen repräsentative Varianten auszuspielen gedenken, von vornherein als naiv und unterkomplex zu betrachten.

destens indirekten Involviert- und Betroffen-Seins durch Handlungsfolgen Dritter.<sup>5</sup>

Nicht neue normative Begründungen von Demokratie, sondern der mediale und ökonomisch dominierte Gestaltwandel von Öffentlichkeiten, die Aufgabe der demokratischen Gestaltung dieser Räume und das Problem des Einflusses und der Reichweite politisch legitimer Entscheidungen stehen also hinter der Frage nach neuen Formen und Konzeptionen von Demokratie. Dieser Zusammenhang bildet aber schon den Ausgangspunkt von Demokratie und Öffentlichkeit überhaupt. Und insofern lässt sich dann etwa »Postdemokratie« als ein etwas anders gelagertes, situativ präziertes kritisches Narrativ zu neuen Weisen der »Kolonialisierung der Lebenswelt« (vgl. Habermas 1981/1995) begreifen.

### ⇒ 3. Demokratie: Segen, Fluch oder Verheißung?

Wenn dem so ist und es »nichts Neues unter der Sonne« zu geben scheint, welchen Beitrag kann dann eine christliche Sozialethik in den Debatten um Postdemokratie oder Liquid Democracy leisten? Mehrere Optionen scheinen möglich: zum einen könnte sie sich darum bemühen, aus ihrem eigenen Symbolreservoir Begründungsansätze für die ethische Vorzugswürdigkeit dieser Regierungs- und Lebensform zu entwickeln, wie dies bereits häufig genug geschehen ist (vgl. als Überblick: Brouckere/Stein 2006), wenngleich bisweilen in sehr fragwürdiger Weise und ohne Sensibilität für die ambivalente Geschichte des Christentums und seines Verhältnisses zur Demokratie. Zum anderen kann sie Demokratietheorien auf ihre impliziten weltanschaulichen Voraussetzungen analysieren und diese ggf. in einen fruchtbaren Dialog mit den eigenen Soziallehren<sup>6</sup> bringen. Schließlich darf sie ihre Aufgabe aber auch als eine kritische verstehen. Dann wird sie insbesondere jene Demokratiekonzeptionen kritisch auf ihre gegebenen »Versprechen«<sup>7</sup> hin untersuchen, die einen radikalen Neuigkeitswert für sich reklamieren. In dieser konstruktiven Infragestellung mit inbegriffen ist eine Hermeneutik des Verdachts, die dem christlichen Glauben selbst innewohnt. Ihm zufolge kann keine irdische Herrschaftsform jemals von selbst ein Ideal eines umfassenden Lebens in Fülle garantieren oder aufrich-

(5) In dieser Verknüpfung von Partizipation als dem Grundelement von Politik und Öffentlichkeit als dem Raum des Politischen samt der darin unausschöpfbaren Dynamik der Öffnung und Weitung von Partizipationsmöglichkeiten liegt die Leistung des politischen Ansatzes von Volker Gerhardt. Dazu jüngst und mit Blick auf das oben Gesagte: Gerhardt 2012, 332ff.

(6) Unter »Soziallehren« verstehe ich nicht nur explizit ausformulierte und – wie etwa in der römisch-katholischen Tradition – auch unter diesem Titel gefasste Versuche einer theologischen Theorie gerechter Institutionen und Strukturen. Vielmehr schließe ich mich der heuristischen Füllung des Begriffs an, wie sie in ihren vielfältigen historischen Ausformulierungen und Gestaltungen von Ernst Troeltsch in seinen berühmten Soziallehren dargestellt worden ist. Vgl. Troeltsch 1994.

(7) Mit dem an biblische Semantik erinnernden Terminus »Versprechen« versuche ich zu operationalisieren, was im Ansatz von Claude Lefort die »leere Mitte« genannt wird und was diesen zu seiner These von der »Fortdauer des Theologisch-Politischen« verleitet hat. Vgl. Lefort 1987.

ten. Damit werden die Dimensionen von (gerechter) Herrschaft und (himmlichen) Heil nicht getrennt, aber doch unterschieden. So kennen bereits die kanonischen Quellen der Hebräischen Bibel eine mal beißend-kritische, mal ironisch-gebrochene Einstellung zur Politik, wie vor allem die prophetischen Bücher oder aber die sog. Jotam-Parabel (vgl. Ri 9,8-15) belegen (siehe insgesamt dazu jetzt: Walzer 2012).

Um ihrem Anspruch gerecht zu werden, muss eine aus dem christlichen Glauben motivierte Hermeneutik des Verdachts im Voraus vier Missverständnissen vorbeugen, wenn sie zu einer kritischen und zugleich nicht destruktiven Analyse demokratischer Theoriemodelle ansetzt. Sie darf erstens nicht zu einer radikalen Ablehnung von Demokratie im Zeichen eines zur Ideologie verkommenen Glaubens führen. Zweitens ist sehr genau zwischen den einzelnen Modellen und Theorien, ihren Grundprinzipien sowie ihrer empirischen Triftigkeit zu unterscheiden. Dazu ist zwingend neben philosophischer sozialwissenschaftliche Expertise von Nöten. Darüber hinaus kann dieser Ansatz sozialetischer Hermeneutik drittens keine Ausschließlichkeit für sich beanspruchen. Die zuvor genannten anderen Arbeitsweisen sind ihm mindestens zur Seite zu stellen. Und schließlich muss diese Hermeneutik viertens ihre eigenen Kriterien entwickeln und für andere durchsichtig machen.

Im Gefolge dieser theologischen Hermeneutik des Verdachts zeigt sich dann noch deutlicher, dass weder Postdemokratie noch Liquid-Democracy-Modelle – um nur die in diesem Text erwähnten zu nennen – das normative Grundgerüst demokratischer Regierungs- und Lebensformen wesentlich verändern, sie aber maßgeblich mit einem »Verheißungsanspruch« auftreten: im einen Fall mit »prophetisch-kritischem« Unterton, im anderen Fall mit dem Versprechen radikaler Transparenz und Partizipation. Beides fordert zunächst deren empirischen Überprüfung hinsichtlich der Tauglichkeit ihrer Analysen wie der Vorschläge, was allerdings die Kompetenz eines (evangelischen) Ethikers deutlich überfordern würde. Stattdessen aber darf jener auf seiner eigenen, dezidiert theologischen Schulung beharrend in kulturtheologischer Perspektive nach dem »Segen«, d.h. den moralischen und politischen Vorzügen, dem »Fluch«, d.h. den wie auch immer (nicht?) zu verantwortenden Nebenfolgen sowie der »Verheißung«, d.h. dem unterstellten sozialen Ideal, dem »utopischen Überschuss«, fragen. Dies soll nun noch geschehen und dabei wird hoffentlich auch die protestantische Note dieser zugegebenen sehr vorläufigen Beobachtungen und Bemerkungen zu den neuen Demokratiemodellen deutlich werden.

⇒ 4. »Radikaler Monotheismus«, die Idee der Erbsünde und Wertepluralismus: Zur Begrenzung demokratischer Selbstansprüche aus protestantischer Sicht

Katholische oder säkulare Stimmen erblicken häufig in der skeptischen bzw. negativen Anthropologie ein Charakteristikum protestantischer Kulturherme-

neutik und Ethik. Ein Resultat dieser gebrochenen Sichtweise auf die Bedingungen unseres Menschseins besteht in einer starken Begrenzung der Leistungsfähigkeit humaner Vernunfttätigkeit und der ihr folgenden Handlungen. Daran ist zumindest so viel richtig, dass sich in der Geschichte der protestantischen Ethik viele prominente Stimmen für diese Überzeugungen finden ließen, die dies auch mit der Rechtfertigung (extrem) konservativer Staats- und Lebensmodelle verbunden haben. So scheint es überraschend zu sein, dass ausgerechnet in den USA schon sehr früh Ansätze zu finden sind, die einerseits an der »gedämpften« Stimmung protestantischer Anthropologie und Soziallehre festhalten und andererseits ausgerechnet darüber zu einer dezidiert affirmativen Einstellung gegenüber demokratischen Ordnungen gelangt sind.<sup>8</sup> Diese fragile Ambivalenz, gleichsam als Signatur des »protestantischen Prinzips« (Tillich) auf dem Gebiet der Ethik, kommt bezogen auf unser Thema prägnant im Votum Reinhold Niebuhrs zum Ausdruck: »Des Menschen Sinn für Gerechtigkeit macht Demokratie möglich, seine Neigung zur Ungerechtigkeit aber macht Demokratie notwendig« (Niebuhr 1947, 8). Zwischen Möglichkeitspathos und Notwendigkeitsdruck schwankend müssen – so das implizite, methodologische Credo – demokratische Ordnungen und ihre Theoriemodelle beides in struktureller Hinsicht berücksichtigen, andernfalls verlören sie ihre Realitätstauglichkeit. Dabei ist von theologischer Seite darauf zu achten, dass Demokratie und Christentum dadurch nicht unter der Hand in einseitige Begründungs- oder Abhängigkeitsverhältnisse geraten. Wie schon H. Richard Niebuhr, der jüngere Bruder Reinholds treffend bemerkt hat:

»Faith requires of us neither the defense of itself by reference to its worth for democratic institutions, nor yet the defense of the latter by reference to their worth for faith« (Niebuhr 1996b, 156).

Wenn dem aber so ist, inwiefern und mittels welcher Kriterien lässt sich dann eine Verhältnisbestimmung zwischen demokratischer Tradition und christlicher Überlieferung entwickeln, die für unsere anvisierte Hermeneutik des Verdachts hilfreich sein könnte. Für H. Richard Niebuhr läuft diese jedenfalls – darin in gewisser Weise mit Dewey übereinstimmend – weniger auf eine Konvergenz von Ideenbildung heraus, als sie vielmehr in einer analogen moralischen Sichtweise und Haltung von und auf den Menschen begründet ist. Im Fokus stehen bei beiden, in demokratischer Gesinnung und christlichem Glauben, ein Wissen und Insistieren auf Gewaltenteilung. Wenn gilt: »people as the final source of political authority is the essence of democracy« (Niebuhr 1996a, 144), dann hat ein Wissen um die prinzipielle Endlichkeit, Fehlbarkeit, ja Korruptierbarkeit des Menschen Folgen, nicht nur im Blick auf die Gott-Mensch-Beziehung. Vielmehr sind in struktureller Hinsicht Konsequenzen zu ziehen.

(8) Eine der überraschendsten Einsichten der letzten Jahre wurde durch die Publikation der Ph.D.-Arbeit von John Rawls zutage gefördert. Der frühe Rawls – inspiriert durch Reinhold Niebuhr – lotet erste Ansätze seiner späteren Gerechtigkeits-theorie an einer Neuinterpretation der christlichen Anthropologie und ihrer Begriffe von Sünde, Gnade und Glauben aus. Die Verbindungslinien zu seinen Hauptwerken sind verblüffend und harren noch einer eingehenderen Untersuchung. Dazu demnächst als eigener Versuch: Polke 2013b.

Damit verändert sich zugleich die ursprünglich am allein am Gedanken der Volkssouveränität ausgerichtete Demokratie-Vorstellung:

»It may well be that the principle of limited government – of government of limited to secular end, limited by law based on reason and revelation, limited by the divisions of powers and by the independence of church, press, conscience – is a more essential feature in modern political systems which are called democratic than is the reference of authority to the people. Apart, however, from this consideration, it is true that Christian faith requires the limitation of political power and, if this be democracy, tends to establish democracy« (Niebuhr 1996b, 151).

Nähe und Kritik Niebuhrs gegenüber christlichen Begründungsversuchen von Demokratie als politischer Staats- und Lebensform fußen demnach auf einem moralischen Wissen um den Status des Menschen, der sich in demokratischen Idealen und Imaginationen selbst um eine Regelung öffentlicher Angelegenheiten bemüht. Diese Konvergenz in der Einsicht in die Notwendigkeit von Selbstbegrenzungsstrukturen, symbolisiert in der Idee der Erbsünde (vgl. Niebuhr 1996a), kann uns – daraus folgend – als erstes (inhaltliches) Kriterium einer kritischen Hermeneutik des Verdachts dienen. Zwei weitere Kriterien ergeben sich ebenfalls aus dem Grundaxiom der Theologie H. Richard Niebuhrs, seinem Ansatz eines radikalen Monotheismus. Darunter versteht er wesentlich die Einsicht in die Relativität, Pluralität und Kontextualität aller menschlichen Werte und Ideale. Monotheismus meint daher die Erinnerung an die Welthaftigkeit alles Welthaften. Von daher sind im Hinblick auf die Demokratie kulturhermeneutisch zwei Möglichkeiten kritisch zu unterscheiden: eine henotheistische und eine radikal-monotheistische Fassung von »demokratischem Glauben«. Für die zuerst genannte gilt aus werttheoretischer Perspektive: »In henotheism the voice of the people is the voice of god (...) Government derives not from the consent of the governed but from their will. The word of the people – or of the majority – is the first and last word to be listened to by legislators and judges. Wrong and right are determined by their choice« (Niebuhr 1993, 77). Demgegenüber steht der monotheistische Glaube für eine radikale Begrenzung des Prinzips der Volkssouveränität ein. Er macht seine Zustimmung zur Demokratie abhängig vom Willen zur inneren Begrenzung (Gewaltenteilung) sowie von der Einsicht in die demokratische Selbstrelativierung dank seiner Einsicht in die Universalität der Transzendenz des Göttlichen:

»[n]o relative power, be it that of the nation or the people as well as that of tyrants, can claim absolute sovereignty or total loyalty. The power that has brought a nation into being has also elected into existence its companion nation; and the rights of such nations to life, liberty, and the pursuit of their well-being are equal in the universal commonwealth of being. Relying on the ultimate source of being and the ultimate power that conserves beings, men will accept the relati-

ty of all their judgments and continue in their striving to make their political decisions that expresses their universal faith« (ebd.).

Resultierte der Fokus auf Gewaltenteilung auf die Einsicht in die moralische Korruptierbarkeit des Gewaltwesens »Mensch« und drängte der Ansatz eines radikalen Monotheismus zu einer Entmythologisierung von Heilserwartungen an demokratische Staats- und Lebensformen, so sind beide letzten Endes nicht zu haben ohne die Anerkennung von Wertpluralismus von und für Menschen. Werte sind demnach keineswegs beliebig, aber sie sind vielfältig und unterschiedlich aufeinander bezogen; sie nehmen bei Menschen unterschiedliche Gestalt und Prägung an, was zugleich bedeutet, dass sie ohne wechselseitige Toleranz, die auch besagt, dass nicht jeder jedem für alles rechenschaftspflichtig, nicht realisierbar sind. Wo sie Ausschließlichkeitsanspruch für sich beanspruchen oder etwa als Forderungen nach radikaler Transparenz und Öffentlichkeit auftreten, nehmen sie unter der Hand totalitäre Züge an.

Die politische Sprengkraft, die in Niebuhrs Kulturanalyse der politischen Gemeinschaft, der Demokratie genauer hin, liegt, besteht weniger darin, neue christliche Begründungsansätze für demokratische Staatsformen entwickelt zu haben; auch geht es nicht um eine konkrete Politische Ethik des Christentums, die gewiss genauere und detailreichere Ausführungen zu den notwendigen und hinreichenden Strukturen, Tugenden und Normen demokratischer Lebensformen liefern müsste. Indes liegt Niebuhr viel daran, auf die Gefahren einer Ideologisierung selbst demokratischer Ideale und Werte (und dies aus bestem Wissen und Gewissen) aufmerksam zu machen. Im Sinne eines »christlichen Realismus«, wie dies sein Bruder Reinhold nennt, plädiert er für eine kritische Analyse hinsichtlich der Entschlossenheit, mit der die ambivalente Sozialnatur des Menschen (»Erbsünde«), die Gewaltenteilung und die Selbstbeschränkung (»radikaler Monotheismus«) sowie das Recht auf Privatheit und plurale Lebensentwürfe (»Wertpluralismus«) strukturell und konzeptionell in Demokratie-Modelle eingebaut sind. Insofern wohnt dieser scheinbar wertkonservativen Theorie ein stark liberaler Zug inne. Zieht man das in Betracht, erscheint es nicht mehr ganz so überraschend, dass mit diesem Ansatz eine sowohl offensive als auch säkular einsehbare Verteidigung von Demokratie verbunden werden kann.

⇒ 5. Noch einmal: Postdemokratie und Liquid Democracy – eine vorläufige, abschließende Bemerkung

Blickt man von hier aus noch einmal auf die Ansätze von »Postdemokratie« und Liquid Democracy zurück, dann fällt zunächst auf, dass diese ihre kritische Analyse des gegenwärtigen Zustandes repräsentativer und marktwirtschaftlich orientierter Demokratien in den westlichen Gesellschaft mit einem »utopischen Ideal« verbinden, welches sie der Faktizität spannungsreich entgegensetzen. Es geht in ihnen um den Versuch, die »leere Mitte« (Lefort) der Demokratie wieder zu gewinnen bzw. sie mit Sinn und Bedeutung zu füllen. Transparenz

und volle Partizipation auf der einen Seite, wenigstens Zurückdrängen von Lobbyismus auf der anderen Seite. Damit fordern sie – ausgesprochen oder stillschweigend – eine Rückbesinnung auf die Grundelemente demokratischer Öffentlichkeit ein, wie wir sie bei Dewey paradigmatisch entwickelt kennenlernen konnten. Trifft diese Beobachtung zu, dann scheint es besser, sie als Anfragen zur Modifikation und Neujustierung von Elementen bisheriger Demokratietheorien und politische Ethiken zu werten und entsprechend ernst zu nehmen. Das heißt, sie stellen recht verstanden weniger die normativen Grammatiken und Strukturen der Demokratie selbst infrage als dass sie dazu auffordern, diese unter veränderten Rahmenbedingungen neu auf ihre Organisierbarkeit und Realisierbarkeit zu durchdenken.<sup>9</sup>

Problematisch werden sie aus protestantischer Sicht allerdings dann, wenn sie die illusorische Ansicht vertreten, man könnte über die ambivalente Sozialnatur hinweggehen und deren Auswirkungen in der Gestaltung politischer Ordnung auf lange Sicht hin verleugnen oder jedenfalls so abbauen, dass auf sie nicht mehr in struktureller Hinsicht Rücksicht genommen zu werden braucht. Dies geschieht immer dann, wenn jener Grundgedanke ethischer Theoriebildung, wonach die Welt des Sittlichen stets differenzierter ist als harte Duale (etwa von gut und böse), übersprungen wird. Konkret gefasst, kann Demokratie ohne Interessensvertretung und richtigen Lobbyismus ebenso wenig funktionieren, wie sie allein auf partizipatorische Elemente bei gleichzeitigem Anspruch auf volle Transparenz aller gegenüber jedem fußend lange überleben könnte. Dabei kommen diese Forderungen dem Ansatz von Crouch jedenfalls sehr nahe, wenn er betont, dass auch künftig die egalitaristische Demokratie entscheidend vom Engagement aktiver, »an der Gestaltung des öffentlichen Lebens interessierten Bürgern« (Crouch 2008, 140f.) abhängt. Untrennbar damit verbunden sind die politische Organisation in Gestalt von Parteien und Wahlen als öffentliche Prozedur der Ausübung von Volkssouveränität. Allerdings klingt es gerade vor dem Hintergrund seiner treffenden Populismusanalysen mitunter doch etwas allzu optimistisch, wenn Crouch mehr oder weniger alle Hoffnung auf den »im Inneren des demos« gelagerten »Bereich der Kreativität und der Irritation« legt, »die größte Hoffnung für die Zukunft.« (Crouch 2008, 148) Wen er damit meint, sind vornehmlich neue soziale Protestbewegungen, die schließlich sogar den Lauf erfolgreich sich in den politischen Institutionen verankern können. Bei aller Berechtigung der Herausstellung der Leistungen dieser Bewegungen, gerade im 20. Jahrhundert, wird man sich aber eben davor hüten müssen, im überkommenen, institutionellen Apparat den strukturellen und dadurch bisweilen auch gefährlichen Konservatismus zu sehen und ihm die Dynamik von Interessensbewegungen von »unten« entgegen zu halten. Die Ambivalenz demokratischer Strukturen wie Bewegungen gleicht im Kern derjenigen von allen politischen und erst recht religiösen Bewegungen, wenn ihnen ein utopischer Kern zu eigen ist: sie

(9) Mit Blick auf die zunehmende Dominanz der Medien und der gefährlichen Rede von diesen als vierter Gewalt habe ich selbst dies in exemplarischer Weise zu analysieren versucht in: Polke 2013a.

befinden sich stets in Gefahr aus der Kreativität des Neuen eine neue Ideologie zu machen. Nicht nur in liberaler Ökonomie und populistischen Parteien lauert somit die postdemokratische Gefahr.

Maximalideale von Demokratie, die jene nicht mehr als die uns bestmögliche, jedenfalls bislang bekannte Rahmenordnung zur Lösung von Problemen für ein gutes und gerechtes Zusammenleben beschränkt verstehen wollen, – daran kann uns Niebuhrs heuristische Differenzierung zwischen einem »henotheistischen« und einem »radikal monotheistischen« Modell von Demokratie erinnern, gleiten allzu leicht über ins Totalitäre oder nehmen partiell »quasi-religiöse« Züge an, die jeden harten Differenzpluralismus weichspülen. Für eine christliche Sozialethik und eine Politische Ethik der Demokratie aus dem Geist des Christentums bedeutet dies, vornehmlich als Kritik an den utopischen Besetzungen demokratischer Leitbilder aufzutreten zu müssen; dann jedenfalls, wenn diese programmatisch oder schlicht naiv die ambivalente Realität menschlicher Sozialität überspielen. Darüber hinaus tut ihr aber weder die Rolle einer Letztbegründungsinstanz für politische Modelle noch die einer Tugendwächterin über gesellschaftliche Ideale und politische Entscheidungen gut. Das symbolische Kapital der eigenen biblisch-christlichen Überlieferung gewinnt demgegenüber jedoch für Nicht- und Anders-Gläubige dann an Relevanz, wenn es sich entschieden im Bündnis mit empirischem Realismus jeder Überhöhung oder aber Unterschätzung politischer und gesellschaftlicher Ordnungen entgegenstellt. So bedürfen die konkreten politischen Ordnungen keiner einheitlichen weltanschaulichen Begründung, solange sie einerseits für viele religiöse und säkulare Optionen wenigstens hinnehmbar sind und solange sie sich in ihrer Reichweite selbst begrenzen.

Soziale Protestbewegungen, Kritiker der Postdemokratie oder Anhänger von Liquid Democracy ernst zu nehmen heißt demnach, sie dort zu unterstützen, wo sie den Anpassungs- und Reformbedarf demokratischer Strukturen offensichtlich machen, und heißt sie dort zu kritisieren, wo sie dies mittels utopischer Illusionen und falscher Verheißungen unternehmen. So könnte ein heilsamer Beitrag einer Politischen Ethik des Christentums schließlich darin liegen, im Dienste kleiner und stetiger Fortschritte und jenseits von Skepsis und Konservatismus den Geist der Ironie mit engagierter Zivilcourage verbinden zu helfen. Oder anders gewendet: Demokratie ist immer Umbruch, aber sie muss als Demokratie ihren eigenen Umbruch überleben können und dürfen!

## ⇒ Literatur

Brocker, Manfred/Stein, Tine (2006) (Hg.): Christentum und Demokratie, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Frankfurt/M. 2008.

Dewey, John (1996): Die Öffentlichkeit und ihre Probleme (1927/46), hg. und mit einem Nachwort versehen von H.-P. Krüger, Frankfurt/M.: Philo Verlagsgesellschaft.

Gerhardt, Volker (2012): Öffentlichkeit. Die politische Form des Bewusstseins, München: C.H. Beck.

Habermas, Jürgen (1981/1995): Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Lefort, Claude (1987): Permanence du théologico-politique?, in: Ders., Essais sur le politique. XIXe-XXe siècle, Paris: Éditions du Seuil, 277-329.

Niebuhr, H. Richard (1993), Radical Monotheism and Western Culture. With Supplementary Essays. Forward by James M. Gustafson, Louisville (KY): Westminster/John Knox Press.

Niebuhr, H. Richard (1996a) The Idea of Original Sin in American Culture, in: Ders., Theology, History, and Culture. Major Unpublished Writings, ed. by Richard R. Niebuhr, New Haven/London: Yale University Press, 174-191.

Niebuhr, H. Richard (1996b), The Relation of Christianity and Democracy, in: a.a.O., 143-158

Niebuhr, Reinhold (1947): Die Kinder des Lichts und die Kinder der Finsternis. Eine Rechtfertigung der Demokratie und eine Kritik ihrer herkömmlichen Verteidigung, München: Chr. Kaiser.

Pettenkofer, Andreas (2010): Radikaler Protest. Zur soziologischen Theorie politischer Bewegungen, Frankfurt/New York: Campus.

Peters, Bernhard (2007): Der Sinn von Öffentlichkeit. Mit einem Vorwort von Jürgen Habermas, Frankfurt/M: Suhrkamp.

Polke, Christian (2013a): Die Macht der Öffentlichkeit. (Massen-)Medien und ihre Funktion in der Demokratie, in: ZEE 57 (2013) (im Erscheinen).

Polke, Christian (2013b): Politischer Liberalismus aus dem Geist des Christentums. Anmerkungen zum frühen Rawls, in: K. Fischer (Hg.), Das politische Problem religiöser Liberalität, Berlin University Press: Berlin (im Erscheinen).

Rosa, Hartmut (2011): Politische Weltbeziehungen unter den Bedingungen sozialer Beschleunigung. Die Krise der Demokratie, in: Ders.: Weltbeziehungen

im Zeitalter der Beschleunigung. Umriss einer neuen Gesellschaftskritik, Berlin: suhrkamp, 357-373.

Troeltsch, Ernst (1994): Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen (1912), Taschenbuchausgabe UTB Tübingen: Mohr Siebeck 1994.

Walzer, Michael (2012): In God's Shadow. Politics in the Hebrew Bible, New Haven/London: Yale University Press.

---

---

**Zitationsvorschlag:**

Polke, Christian (2012): Demokratie im Umbruch? Ein protestantischer Kommentar im Anschluss an H.R. Niebuhr (Ethik und Gesellschaft 2/2012: Demokratie und Sozialethik). Download unter: [http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-2-2012\\_Polke.pdf](http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-2-2012_Polke.pdf) (Zugriff am [Datum]).

---

---



## **ethikundgesellschaft** ökumenische zeitschrift für sozialethik

### **2/2012: Demokratie und Sozialethik**

Gary S. Schaal, Claudia Ritzi  
Neoliberalismus und Postdemokratie: Bausteine einer kritischen Gesellschaftstheorie

Christian Polke  
Demokratie im Umbruch? Ein protestantischer Kommentar im Anschluss an H.R. Niebuhr

Daniel Bogner  
Das Politische neu denken. Braucht die christliche Sozialethik eine Theorie radikaler Demokratie?

Johanna Klatt  
Die Macht der Zivilgesellschaft und ihre ungleiche Verteilung

Andreas Lob-Hüdepohl  
Überflüssige Interessen? Politische Partizipation Benachteiligter als normativer Lackmestest für eine republikanisch verfasste Demokratie

Bernhard Bleyer, Bernhard Laux  
Anwälte der Öffentlichkeit. Über Zivilgesellschaft, Befähigungsarbeit und den Auftrag der Kirchen

Jeannette Behringer  
Bürgerschaftliches Engagement in der »Postdemokratie«. Bedingungen für ein demokratisches Potenzial

Christian Spieß  
Katholische Kirche und Menschenrechtsethos. Von der Ablehnung zur Anerkennung der Religionsfreiheit

Anne Brüninghaus/Günter Feuerstein  
Bioethik im Wunderland der Fiktion. Über die Rolle eines antizipierenden Diskurses am Beispiel des Psycho- und Neuroenhancement